

Die neokonservative Offensive der Gegenwart*

Prof. Dr. Peter Kalmbach, geb. 1940 in Stuttgart, studierte in München Volkswirtschaftslehre und ist gegenwärtig Professor für Wirtschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Verteilungstheorie und -politik an der Universität Bremen.

Von der Keynesianischen Revolution zur neokonservativen Konterrevolution

Die wirtschaftliche und soziale Situation hat sich in den westlichen Ländern innerhalb weniger Jahre in besorgniserregender Weise verändert. Optimistische Gemüter konnten vielleicht zu Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise diese noch als zwar bedauerlichen, aber doch nur vorübergehenden konjunkturellen Einbruch abtun, hervorgerufen im wesentlichen durch die massiven Preissteigerungen beim

* Es handelt sich bei dem Beitrag um die geringfügig modifizierte deutsche Fassung des Referats, das der Verfasser im Dezember 1981 auf dem Weltkongreß der Internationale des Öffentlichen Dienstes gehalten hat. Eine ausführlichere Fassung ist unter dem Titel „Mehr Markt - weniger Staat“ eine neokonservative Offensive in der Schriftenreihe der ÖTV „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ als Heft 10 erschienen.

Rohöl. Einer solchen Verharmlosung ist heute endgültig der Boden entzogen. In zahlreichen Ländern ist die Zahl der Arbeitslosen weiter angestiegen: In Großbritannien und Belgien beispielsweise sind Arbeitslosenquoten von einer Höhe erreicht worden, wie sie seit der Großen Depression zu Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr aufgetreten waren. Die Europäische Gemeinschaft weist gegenwärtig die höchste Arbeitslosigkeit seit ihrer Gründung auf. Gleichzeitig haben sich in den vergangenen Jahren in westlichen Industrieländern Inflationsraten ergeben, die bis dahin von vielen Ökonomen als eine Besonderheit gewisser südamerikanischer Länder angesehen worden waren. So stiegen beispielsweise die Verbraucherpreise in Italien allein im Jahre 1980 um mehr als zwanzig Prozent.

Für die abhängig Beschäftigten hat diese Entwicklung gravierende Auswirkungen -und zwar auch für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz bislang nicht verloren haben. Viele von ihnen mußten in den letzten Jahren Reallohnverluste hinnehmen, da die Lohnerhöhungen die Preissteigerungen nicht voll kompensierten, und viele der noch Beschäftigten erleben heute wieder viel stärker die Existenzunsicherheit des Lohnarbeiters früherer Generationen.

Keinesfalls erstaunlich wäre es, wenn die wieder sehr viel stärker sichtbar gewordenen ökonomischen Probleme in den westlichen Industriestaaten zur Folge gehabt hätten, der Kritik an kapitalistischen Systemen und deren Leistungsfähigkeit wieder stärkeres Gehör zu verschaffen. Diese Kritik war zwar nie ganz verstummt, aber hohe Wachstumsraten und ein hoher Beschäftigungsstand in zahlreichen kapitalistischen Gesellschaften hatten dazu geführt, ihr nur eine geringe Überzeugungskraft zu verleihen. Bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre hinein schienen diejenigen Recht zu behalten, die der Auffassung waren, daß sich der Kapitalismus grundsätzlich verändert habe und zwar im wesentlichen aufgrund der Lehren, die aus der Großen Depression gezogen worden waren.

Die Hauptlehre, die aus der Großen Depression gezogen wurde, bestand in einer Neubestimmung der Rolle des Staates im Wirtschaftsablauf. Obwohl rein quantitativ die Bedeutung des staatlichen Sektors schon vor der Großen Depression beträchtlich angestiegen war, hatte bis dahin im wesentlichen die Lehre gegolten, daß sich der Staat gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung neutral zu verhalten habe. Die weltweite Wirtschaftskrise, die 1929 ausgebrochen war und in deren Gefolge es zu Massenarbeitslosigkeit gekommen war, hat eine grundsätzlich neue Rollenbestimmung des Staates zur Folge gehabt. Mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit kam es in den westlichen Ländern zu einem Einstellungswandel, der vor allem in den folgenden Überzeugungen seinen Ausdruck fand.¹:

¹ Siehe dazu auch J.K. Galbraith, Angriff der Konservativen, „Die Zeit“, Nr. 10, 1981, S. 26f und Den Konsens erneuern, „Die Zeit“, Nr. 11, 1981, S. 27

1. Es bedarf einer makroökonomischen Steuerung der Wirtschaft, um Arbeitslosigkeit und Inflation auf geringem Niveau zu halten und um befriedigende Wachstumsraten zu ermöglichen. Und weiter: eine solche Steuerung ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich.
2. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Einkommensverteilung, die sich aus dem Marktgeschehen ergibt, durch geeignete Umverteilungsmaßnahmen korrigiert wird.
3. Er hat schließlich Güter und Dienste selbst anzubieten, die der private Sektor nicht oder nur zu nicht akzeptablen Preisen zur Verfügung stellt.

Die Entwicklung bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre schien zu bestätigen, daß kapitalistische Gesellschaften, in denen der Staat die so beschriebene Rolle übernommen hat, ihre negativen Begleiterscheinungen, wenn schon nicht verloren hatten, so doch zu mildern in der Lage waren. Seit Mitte der siebziger Jahre ist jedoch vieles von dem wieder Realität geworden, was nach der Überzeugung zahlreicher Ökonomen eigentlich der Vergangenheit angehören sollte, weil im gewandelten Kapitalismus solche Probleme als vermeidbar angesehen worden waren.

Es wurde schon angedeutet, daß die wieder sehr deutlich gewordenen Probleme in kapitalistischen Ökonomien, die in hoher Arbeitslosigkeit, hohen Inflationsraten, geringen und z.T. negativen Wachstumsraten ihren Ausdruck finden, eigentlich eine wieder sehr viel kritischere Einschätzung kapitalistischer Systeme hätte erwarten lassen. Paradoxerweise erleben wir seit einigen Jahren gerade das Gegenteil davon. Die wieder sichtbar gewordenen ökonomischen Krisentendenzen haben weniger die Kritiker als die Apologeten des Kapitalismus auf den Plan gerufen. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt: So wie die Große Depression einst eine Revolution im ökonomischen Denken ausgeübt hat, so hat die Verschlechterung der ökonomischen Situation seit Mitte der siebziger Jahre eine Konterrevolution zur Folge gehabt, deren Ursprünge allerdings weiter zurückreichen.

Die Konterrevolution ist von neokonservativen Ökonomen angezettelt worden, denen die neue und gestärkte Rolle des Staates von Anbeginn an ein Dorn im Auge war. Bereits 1944 hatte Friedrich August von Hayek in seinem Buch „The Road to Serfdom“² in düsteren Farben den unvermeidlichen Gang in den Kollektivismus ausgemalt, der mit dem verstärkten Staatseinfluß verbunden sei. In ähnlichem Geist und mit verwandter Schlagrichtung hatte Milton Friedman sein Buch „Capitalism and Freedom“³ verfaßt, in dem er zu begründen versuchte, daß Kapitalismus und individuelle Freiheit eine unauflösliche Einheit bilden.

2 Deutsche Ausgabe: F.A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1976

3 Deutsche Ausgabe: M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, München 1976

Diese „Klassiker“ der neokonservativen Bewegung haben in den letzten Jahren zunehmend Beachtung und Verstärkung durch weitere Ökonomen gewonnen. Daß man diese Entwicklung nicht einfach als eine Modeströmung im akademischen Bereich abtun kann, zeigt sich schon daran, daß in Großbritannien und in den USA mit Ideen, die eindeutig die Handschrift der Neokonservativen verraten, Wahlen gewonnen werden konnten. Das allein wäre Grund genug, sich mit der neokonservativen Offensive näher zu beschäftigen. Aber nicht nur der Blick auf andere Länder, auch die in der Bundesrepublik heute festzustellende Strömung gibt Anlaß, sich mit dem neokonservativen Gedankengut auseinanderzusetzen. Auch hier haben die Arbeitslosigkeit und die (damit zusammenhängende) angespannte Lage der öffentlichen Haushalte den Neokonservativen zu Aufwind verholfen. Die ökonomischen Probleme der Gegenwart werden von ihnen zu einem erheblichen Teil auf einen zu großen Staatsanteil und auf eine zu starke Gängelung der privaten Wirtschaft durch den Staat zurückgeführt. Ihre Grundüberzeugung ist, daß der Staat die Wirtschaft in vielfacher Weise negativ beeinflusst: Mit seinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen habe er die Privaten verunsichert und die Investitionsneigung damit vermindert, mit überhöhten Steuern auf der einen Seite und zu generösen Sozialleistungen auf der anderen sei die Leistungsbereitschaft reduziert worden, mit zu vielen Auflagen und Gesetzen würden negative Produktivitätseffekte ausgelöst usw.

Die Folgerung, die sie daraus ziehen, heißt: Reduktion der staatlichen Aktivität auf den verschiedensten Ebenen, Ausdehnung und Stärkung der privatwirtschaftlich organisierten Aktivitäten. Die Parole „Mehr Markt - weniger Staat“, die dabei ausgegeben wird, ist wenig geeignet, die Stoßrichtung der Offensive erkennen zu lassen. Zwar wird auch propagiert, daß heute vom Staat wahrgenommene Güter- und Dienstleistungsproduktion dem privaten Sektor übertragen wird, die geforderte Entstaatlichung geht jedoch weit darüber hinaus. Die Kampagne gegen den Sozialstaat oder noch konkreter gegen die Praxis der Arbeitslosenversicherung macht das exemplarisch deutlich. Hier geht es unverhüllt darum, nicht Güter oder Dienstleistungen sondern Risiken zu privatisieren - ganz offen wird ja auch von einer Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos gesprochen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg für die abhängig Beschäftigten erreichten Sicherungen und Schutzmaßnahmen insgesamt also sind es, die zur Disposition gestellt werden. Dies muß im Auge behalten werden, weil man sonst sehr leicht zu der Fehlbeurteilung gelangen könnte, daß sich die neokonservative Offensive ausschließlich gegen den öffentlichen Dienst richtet. Tatsächlich geht es jedoch um den Versuch eines Richtungswechsels, der wesentliche Interessen auch der Beschäftigten im privaten Sektor berührt.

Die neokonservative Kritik am staatlichen Handeln

Wenden wir uns der neokonservativen Kritik am Staat und staatlichem Handeln selbst zu. An drei Themen soll die Schlagrichtung der Kritik verdeutlicht werden. Leitmotiv dieser Kritik ist, daß beim staatlichen Handeln eine unsichtbare Hand mit umgekehrtem Vorzeichen am Werke ist. Adam Smith, der Vater der Politischen Ökonomie, hatte bekanntlich auf eine unsichtbare Hand gesetzt, die die egoistischen Handlungen der Individuen letztlich doch dem Gemeinwohl zugute kommen läßt. Staatliches Handeln hat nach neokonservativer Auffassung dagegen umgekehrt die Eigenart, daß Maßnahmen, die zur Förderung des Gemeinwohls in die Wege geleitet werden, regelmäßig andere als die gewollten Ergebnisse zur Folge haben und häufig sogar Ergebnisse zeitigen, die genau das Gegenteil dessen sind, was eigentlich bezweckt war.

Gegen wirtschaftspolitische Intervention

Der Versuch von Regierungen und Zentralbanken, mit den Mitteln der Finanz- und der Geldpolitik eine *makroökonomische Steuerung der Wirtschaft* zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele vorzunehmen, ist ein erstes wichtiges Angriffsziel der Neokonservativen, man kann hier auch sagen: der Monetaristen.⁴ Die Monetaristen sehen ihre Hauptgegner in den Keynesianern, die in der Nachkriegszeit tonangebend gewesen waren. Bei allen Verschiedenheiten unter den Keynesianern im einzelnen, sind sie sich doch darin weitgehend einig, daß eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft recht instabil ist und daß von einer automatischen Tendenz zur Vollbeschäftigung nicht die Rede sein kann. Sie bedarf insofern der staatlichen Steuerung und insbesondere hat der Staat Verantwortung für die Beschäftigung zu übernehmen. „Im Prinzip ist die Lehre nun anerkannt, daß Regierungen für die Vermeidung von Wirtschaftskrisen Verantwortung tragen“, schrieb Joan Robinson 1961.⁵

Ganz anders dagegen die Position der Monetaristen. Sie halten es für erwiesen, daß die Makrosteuerung der Wirtschaft durch den Staat nicht nur ein Fehlschlag, sondern sogar die eigentliche Ursache ökonomischer Probleme ist. So erklärt etwa Brunner, neben Friedman einer der Hauptvertreter der monetaristischen Richtung, „daß die Hauptinstabilitäten und Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses auf das Verhalten des staatlichen Sektors zurückgehen.“⁶ Während die Keynesianer also den Einsatz einer antizyklischen Wirtschaftspolitik als Voraussetzung dafür

4 Obwohl nicht alle Neokonservativen Monetaristen sind, kann man behaupten, daß die Monetaristen nahezu ausnahmslos dem neokonservativen Lager zuzuordnen sind und daß sie in Fragen der makroökonomischen Steuerung in diesem Lager tonangebend sind.

5 J. Robinson, *Has Capitalism Changed?* abgedruckt in: *Contributions to Modern Economics*, Oxford 1978, S. 223

6 K. Brunner, *Die „Monetaristische Revolution“ der Geldtheorie*, in: P. Kalmbach (Hrsg.), *Der Neue Monetarismus*, München 1973, S. 75f

ansetzen, den schlimmsten Fehlentwicklungen kapitalistischer Systeme zu begegnen, wird von den Monetaristen die staatliche Stabilisierungspolitik geradezu zur Ursache des Übels erklärt.

Die Argumente der Monetaristen können hier nur in ganz groben Linien nachgezeichnet werden. Im Zentrum steht deren Überzeugung, daß eine Vollbeschäftigungspolitik des Staates mit den Mitteln der Geld- und Fiskalpolitik nur Scheinerfolge erzielen kann. Expansive Maßnahmen gestehen sie nur einen kurzfristigen und vorübergehenden positiven Beschäftigungseffekt zu, im Endeffekt verdrängt nach monetaristischer Sicht eine expansive Fiskalpolitik des Staates aber nur private Nachfrage und eine expansive Geldpolitik erhöht nur die Inflationsrate. Eine nicht nur kurzfristige Verbesserung der Beschäftigungssituation würde immer höhere „Inflationsinjektionen“ erfordern, könnte also nur um den Preis einer Inflationsbeschleunigung erreicht werden, die ihrerseits aber wegen ihrer inakzeptablen Folgen für das gesamte Geldsystem abzulehnen ist.

Demgegenüber schlagen die Monetaristen eine Kur vor, die sie selbst mit der Entziehungskur eines Alkoholabhängigen⁷ vergleichen und die sich, wie wir heute in Großbritannien und den USA sehen, als rechte Roßkur erweist. Mit dem Hinweis, daß schmerzhafteste Maßnahmen unumgänglich sind, um den Patienten zu heilen, wird versucht, den Anstieg der Geldmenge zu beschränken, die Staatsausgaben zu drosseln und den Reichen durch Steuererleichterungen das Investieren wieder schmackhaft zu machen. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wird nicht nur in Kauf genommen, man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß Arbeitslosigkeit geradezu als Instrument eingesetzt wird.

Die nachteiligen Folgen der monetaristischen Politik sind gerade in Großbritannien schon deutlich genug geworden und haben dazu geführt, daß Mrs. Thatcher inzwischen sogar auf Kritik in ihrer eigenen Partei stößt. Der weit überwiegende Teil britischer Wirtschaftswissenschaftler lehnt die monetaristische Politik der britischen Regierung entschieden ab. In einem Aufruf stellten 364 Ökonomen u.a. fest: „Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden die Depression verschärfen, die industrielle Basis unserer Wirtschaft aushöhlen und sie bedrohen ihre wirtschaftliche und soziale Stabilität.“

Nicht nur in der Beurteilung der Erfolgsmöglichkeiten einer staatlichen Vollbeschäftigungspolitik besteht ein entschiedener Dissens zwischen Keynesianern und Monetaristen. Die Arbeitslosigkeit selbst wird unterschiedlich interpretiert. Wenn Ökonomen von Arbeitslosigkeit sprechen, meinen sie unfreiwillige Arbeitslosigkeit und zwar in dem Sinne, daß Personen zu den herrschenden Bedingungen keine

⁷ Siehe z.B. M. und R. Friedman, Chancen, die ich meine, Berlin, Frankfurt/M. und Wien 1980

Arbeit finden. Gerade die Unfreiwilligkeit der Arbeitslosigkeit wird von den Monetaristen bezüglich eines wesentlichen Teils der Arbeitslosen bestritten. Sie sprechen von „Sucharbeitslosigkeit“ und meinen damit eine Form der Arbeitslosigkeit, die durch ihre Freiwilligkeit gekennzeichnet ist, indem Personen ihre Zeit und Energie in die Jobsuche stecken, von der sie sich einen besser bezahlten Job versprechen.

Die Argumentation mit der Sucharbeitslosigkeit erinnert an den Zauberkünstler, der auf offener Bühne Kaninchen verschwinden läßt. Weggezaubert wird hier das Problem der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit, indem Arbeitslosigkeit überwiegend als Ergebnis einer durchaus freiwillig gewählten Suchphase von Arbeitsplatzwechslern dargestellt wird. Da die orthodoxe Theorie davon ausgeht, daß Marktwirtschaften zur Vollbeschäftigung tendieren, wird mit der vorliegenden Arbeitslosigkeit nach dem Motto verfahren „Nicht sein kann, was nicht sein darf“: Da länger anhaltende unfreiwillige Arbeitslosigkeit von der Theorie nicht vorgesehen ist, muß es sich um freiwillige handeln. Mit der heutigen Realität in den westlichen Ländern hat das alles freilich nichts zu tun.

Gegen sozialstaatliche Maßnahmen

Die monetaristische Lehre läuft darauf hinaus, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit für wirkungslos zu erklären und überdies den Handlungsbedarf zur Reduktion der Arbeitslosigkeit in Frage zu stellen. Die Kritik an den *wohlfahrts- und sozialstaatlichen Maßnahmen* des Staates zielt darauf, Belege für die These beizubringen, daß bei staatlichen Maßnahmen aus guten Absichten böse Folgen werden.

Mit unterschiedlichen Begründungen, aber mit sehr deutlicher Zielrichtung, versuchen die Neokonservativen zu belegen, daß der moderne Sozialstaat nichts gemein hat mit Robin Hood, der angeblich den Reichen nahm und Armen gab. Was stattfindet, ist vielmehr ein „Griff in die eigene Tasche“⁸ oder gar noch Perverseres, indem de facto die gutgemeinte Absicht sich in ihr Gegenteil verkehrt und Umverteilungsprozesse stattfinden, bei denen die Mittel von den Armen an die Reichen fließen.

Um die neokonservative Argumentation etwas deutlicher werden zu lassen, greifen wir das Beispiel der Mindestlohnsätze heraus. Friedman sagt dazu: „Die Gesetzgebung der Mindestlohnsätze ist so ungefähr das klarste Beispiel, das man für die Tatsache finden kann, daß eine Maßnahme genau die entgegengesetzte Wirkung dessen hat, was die wohlmeinenden Leute im Sinn hatten, die sie ins Leben riefen.“⁹

8 So der Titel einer journalistischen neokonservativen Streitschrift. Siehe R. Merklein, Griff in die eigene Tasche. Hintergeht der Bonner Sozialstaat seine eigenen Bürger?, Hamburg 1980

9 M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, S. 23 ff.

Die hauptsächliche Begründung für diese Aussage liegt, wie man sich denken wird, in dem zunehmenden Beschäftigungsrisiko, das diejenigen trifft, deren Lohn mit einer solchen Gesetzgebung angehoben werden soll. Das Verbot, einen gering Qualifizierten mit einem seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden (also niedrigen) Lohn zu bezahlen, bringt diesem nach neokonservativer Überzeugung nicht ein höheres Einkommen, sondern ziemlich sicher die Entlassung ein. Ganz ähnliche Argumentationen werden bezüglich besonderer Arbeitnehmerschutzmaßnahmen immer wieder vorgebracht. Warum schlägt Schwangerschaftsschutz und Mutterschaftsurlaub letztlich zum Schaden der Frauen aus? Weil diese Maßnahmen männliche Konkurrenten um gleiche Stellen begünstigen, die gerade wegen dieser Schutzvorschriften den Frauen vorgezogen werden. Warum ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für gesundheitlich angegriffene Arbeitnehmer letztendlich für diese ein Problem? Weil sie dazu führt, daß Arbeitgeber solche Arbeitnehmer gar nicht erst einstellen.

Daß das alles recht zynisch klingt, muß es noch nicht falsch machen. Daß alle sozialpolitisch gemeinten Maßnahmen des Staates ihren Zweck erreichen, wird kaum jemand behaupten, und daß sich Einzelbeispiele dafür finden lassen, in denen das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht wurde, soll nicht bestritten werden. Unredlich ist aber, daß gerade diejenigen, die einen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen fordern - und zwar auch dort, wo die beabsichtigten Effekte erreicht worden sind - als scheinbare Sachverwalter der durch sozialpolitische Maßnahmen negativ Betroffenen auftreten. Es ist nicht glaubwürdig, daß es ihnen um einen besseren Wirkungsgrad von Arbeitnehmerschutzmaßnahmen und von Umverteilungsmaßnahmen geht. Anstatt offen das Werturteil auszusprechen, daß ihnen das heute erreichte Maß an sozialer Sicherung zu weit geht, wird mit Hinweis auf einzelne Beispiele mißlungener Umverteilungspolitik der Eindruck erweckt, daß die wirklich Bedürftigen geradezu zwangsläufig und systematisch benachteiligt werden. Als Nutznießer des Umverteilungsprozesses gelten ihnen deren Veranstalter: die öffentlich Beschäftigten, die sich damit ein Betätigungsfeld und darüber hinaus Macht und Einfluß sichern. Ungesagt bleibt dabei, daß trotz einzelner Ungereimtheiten im Bereich der Umverteilungspolitik eine Reduktion staathcher Transfers und ein Abbau von Schutzmaßnahmen eine recht eindeutige Wirkung hätten, nämlich das Ausmaß der Ungleichheit in Industriestaaten beträchtlich zu erhöhen.

Gegen staatliche Auflagen und staatliche Güter- und Dienstleistungsproduktion

Eine weitere Zielscheibe neokonservativer Kritik sind *staatliche Auflagen*, die private Produktion betreffend und die *vom Staat in eigener Regie betriebene Produktion von Gütern und Dienstleistungen*. Den Neokonservativen ist beides gleichermaßen suspekt. Ihre Kritik an staatlichen Auflagen läßt sich gut an der Agitation

amerikanischer Neokonservativer gegen die verschiedenen „regulations“ studieren. Diese erscheinen ihnen nur als heimliche Steuer, die den Privaten auferlegt wird und einige von ihnen haben recht dramatische Regulationskosten errechnet und die produktivitätsmindernden Konsequenzen der „regulations“ hervorgehoben. Der Nutzen bleibt unerwähnt. Daß bestimmte Vorschriften, die Produkt- und die Arbeitssicherheit betreffend, die Zahl von Todes- und Invaliditätsfällen reduziert haben, scheint den Neokonservativen offenbar nicht in den Sinn zu kommen. Ebensovienig wird erwähnt, daß es recht krasse Fälle von Marktversagen waren, die die „regulations“ überhaupt erst ins Leben gerufen haben.

Vom Staat selbst betriebene Güter- und Dienstleistungsproduktion wird mit noch kritischeren Augen betrachtet. Die Neokonservativen sind davon überzeugt, daß in den modernen Industriegesellschaften der Staat vielzuviel der Güter- und Dienstleistungsproduktionen an sich gezogen hat, und sie propagieren deshalb eine entschiedene Privatisierung bzw. Reprivatisierung.

Hinter dem Plädoyer für einen Abbau staatlicher zugunsten privatwirtschaftlicher Produktion steht eine deutlich idealisierte Version des Marktes und eine dämonisierte des Staates. Staatliches Handeln ist für Neokonservative das reine Walten des Leviathan, Marktwirtschaft erscheint ihnen dagegen als wechselseitige Machtkontrolle. Ein staatliches Produktionsmonopol scheint ihnen zur Verschwendung einzuladen, während private Produzenten sich nach ihrer Auffassung wechselseitig im Zaume halten.

Das Bild, das moderne kapitalistische Gesellschaften zeigen, weicht davon freilich beträchtlich ab. Mehr als früher ist heute der private Sektor durch Monopolsituationen gekennzeichnet, so daß es recht naiv ist, den privaten Sektor als einen anzusehen, in dem stets wechselseitige Machtkontrolle vorliegt. Die wahre Alternative liegt heute oft zwischen öffentlicher oder privater Macht - und damit zwischen einer, die im Prinzip einer öffentlichen Kontrolle unterworfen ist und einer, die demokratisch nicht kontrolliert werden kann.

Gemeinsam ist den angesprochenen Kritikpunkten der Versuch zu begründen, daß die Gesellschaft ohne diese Aktivitäten (oder jedenfalls mit weniger davon) besser fahren würde: Die Wirtschaft wäre angeblich stabiler, wenn der Staat auf antizyklische Konjunkturpolitik verzichten würde, den Armen wäre angeblich besser gedient, wenn zahlreiche sozialstaatliche Maßnahmen eingestellt würden. Die Regulierung des Marktes erscheint als weitgehend überflüssig, meist schädlich und in jedem Fall zu teuer, und die staatliche Güter- und Dienstleistungsproduktion ist in fast allen Fällen bei den Privaten besser aufgehoben. Ohne überzeugende Belege, dafür aber sehr lautstark und durchaus mit demagogischem Geschick, wird ein Zerrbild des Staates und seiner Aktivitäten entworfen. Die Absicht ist klar: Wenn

auf den verschiedensten Ebenen staatlicher Aktivitäten Staatsversagen festgestellt werden kann, so scheint ein Zurückdrängen des Staates zugunsten des freien Unternehmertums die naheliegende Folgerung zu sein.

Das neokonservative Plädoyer für die private Wirtschaft

Auch wenn überzeugendere Nachweise für das Staatsversagen beigebracht würden, wäre damit noch nicht entschieden, daß ein Rückzug des Staates und Aufgaben(rück)verweisung an den Markt die adäquate Reaktion darstellt. Denn wer garantiert, daß dem tatsächlichen oder vermeintlichen Staatsversagen nicht ein Marktversagen gegenübersteht, das noch größere Probleme aufwirft? Muß es nicht mißtrauisch machen, daß vielfach der Staat erst durch offenkundiges Marktversagen auf den Plan gerufen wurde?

Die Neokonservativen haben durchaus erkannt, daß ihre gegen den Staat gerichtete Agitation der Ergänzung bedarf. Sie bieten deshalb zahlreiche Begründungen der Vorzüge marktwirtschaftlicher Lösungen an. Im Grunde sind es aber zwei Argumentationsstränge, auf die sich alles reduziert: Abgestellt wird zum einen auf die überlegene Effizienz der Privatwirtschaft, zum anderen darauf, daß unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten die Marktwirtschaft eine viel bessere Note verdient als ihr im allgemeinen zuerkannt wird.

Ein Standardargument der Neokonservativen ist es, daß die Effizienz der Marktwirtschaft zu nutzen die beste Sozialpolitik darstellt. Sie wenden sich gegen das, was einige von ihnen „Verteilungsmentalität“¹⁰ nennen und womit alle Versuche gemeint sind, eine gleichmäßigere Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen in kapitalistischen Gesellschaften zu erreichen. Wenn sie von Effizienz der Marktwirtschaft sprechen, meinen sie in Wahrheit die ökonomische Überlegenheit bzw. die größere Wachstumsdynamik einer Klassengesellschaft, in der „upper class“ und „lower class“ klar unterschieden sind. Den „lower classes“ wird empfohlen, auf Umverteilungsmaßnahmen zu verzichten und ganz auf die auch für sie anfallende Wachstumsdividende zu vertrauen, weil sie damit angeblich letztlich besser fahren. Eine solche Argumentation versucht gar nicht erst, Gerechtigkeitsargumente ins Feld zu führen. Den „lower classes“ werden keine Hoffnungen auf ein größeres Maß an Gleichgewicht gemacht, Anerkennung einer notwendigen Ungleichheit wird vielmehr zur Voraussetzung einer materiellen Besserstellung gerade auch für sie erklärt.

Diese Argumentationslinie scheint manchem Neokonservativen nicht ausreichend. Zahlreiche von ihnen sehen heute die Notwendigkeit, nicht nur Effizienz-

¹⁰ Siehe G. Gilder, *Wealth and Poverty*, New York 1981

argumente zur Verteidigung der Privatwirtschaft beizubringen, sondern ihr darüber hinaus eine moralische Legitimation zu verleihen. Sie unternehmen deshalb den Versuch, die moralische Autorität der Marktwirtschaft zu begründen. Das entscheidende Argument in diesem Zusammenhang stellt auf die individuelle Freiheit ab. Insbesondere von Friedman wird eine unauflösbare Verbindung zwischen individueller Freiheit und Kapitalismus postuliert. Eine Bedrohung der Freiheit scheint ihm durch jede Form der Machtausübung gegeben „sei es durch einen Monarchen, einen Diktator, eine Oligarchie oder eine demokratische Mehrheit“¹¹. Eine kapitalistisch organisierte Ökonomie ist für ihn demgegenüber ein System der „Checks and Balances“, das individuelle Freiheit ermögliche und u.a. auch ein unbeschränktes Eintreten für den Sozialismus möglich mache.

Ohne Frage wird hier wieder einmal ein recht stilisiertes Bild westlicher Gesellschaften entworfen - und darüber hinaus eines, das die Realität verzeichnet. Denn nicht der Umfang, der einer privatwirtschaftlichen Betätigung eingeräumt wird, entscheidet über das Ausmaß persönlicher Freiheit, entscheidend ist vielmehr, welche demokratischen Rechte die Mitglieder einer Gesellschaft in Anspruch nehmen können. Und daß das Ausmaß demokratischer Rechte mit dem Umfang des privatwirtschaftlichen Aktionsfeldes korrespondiert, ist die fundamentale Irrlehre der neokonservativen Bewegung.

Politische Einschätzung

Wie zu zeigen versucht wurde, ist den Neokonservativen daran gelegen, ihrer Abneigung gegen staatliche Interventionen und staatliche Aktivitäten ein scheinbar rationales Fundament zu geben. Sie vermeiden eine offene Parteinahme für die wirtschaftlich Mächtigen und erwecken mit ihrer Argumentation den Anschein, als könne aus einer Zurückdrängung des Staates und aus mehr Spielraum für das freie Unternehmertum eigentlich jedes Gesellschaftsmitglied nur gewinnen.

Hier sollte sich niemand täuschen lassen. Wenn die Neokonservativen von größerer Effizienz, einem höheren Maß individueller Freiheit, Minderheitenschutz und anderen positiv zu bewertenden Dingen sprechen, bleibt die entscheidende Konsequenz ihrer Vorschläge ausgeblendet. Diese besteht darin, daß die Verwirklichung ihrer Vorstellungen die Position der abhängig Beschäftigten und der Bezieher staatlicher Transferzahlungen entscheidend schwächen würde. Das heißt aber, daß Erfolge, die in jahrzehntelangen mühsamen Auseinandersetzungen erzielt wurden, wieder rückgängig gemacht würden.

Daß solche Revisionsversuche immer wieder unternommen werden, darf nicht überraschen. Bereits 1943 hatte der bekannte polnische Ökonom Kalecki im Zu-

¹¹ M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, S. 37

sammenhang mit der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik darauf hingewiesen. Seine Ausführungen sind verblüffend aktuell. Er war der Ansicht, daß eine erfolgreiche staatliche Beschäftigungspolitik früher oder später auf Widerstand der Unternehmer stößt. Denn: „Es ist in der Tat so, daß ‚die Entlassung‘ in einem System der permanenten Vollbeschäftigung ihre Funktion als Disziplinarmaßnahme verlieren würde.“¹²

Zwar würden die Profite durch eine Vollbeschäftigungspolitik positiv beeinflusst, „aber die Grundsätze der ‚Fabrikdisziplin‘ wie auch der politischen Stabilität‘ sind den Wirtschaftsführern doch weit wichtiger als die reine Profiterzielung. Ihr Klasseninstinkt sagt ihnen, daß dauernde Vollbeschäftigung etwas Unsolides ist, und darüber hinaus sind sie der Ansicht, daß Arbeitslosigkeit ein integrierender Faktor des normalen kapitalistischen Systems ist.“¹³

Kalecki sah die Gefahr voraus, daß zwar der klassische ökonomische Konjunkturzyklus mit erfolgreicher staatlicher Vollbeschäftigungspolitik verschwinden würde, sich wegen des zunehmenden Widerstands der Unternehmer gegen eine solche Politik dafür aber ein politischer Konjunkturzyklus ergeben würde. Die neokonservative Offensive der Gegenwart macht deutlich, daß er hierin durchaus hellichtig war. Allerdings zeigt sich heute, daß nicht nur die Vollbeschäftigungspolitik den wirtschaftlichen Mächtigen ein Dorn im Auge ist. Vielmehr werden alle Maßnahmen des Staates, die darauf gerichtet sind, dem „freien Spiel der Kräfte“ Schranken aufzuerlegen, von ihnen und ihren Sachwaltern abgelehnt. Sie sehen dabei sehr klar, daß mit diesen Maßnahmen eine graduelle Reduktion ihrer gesellschaftlichen Machtposition verbunden war.

Wie m.E. die neokonservative Offensive politisch einzuschätzen ist, dürfte klar geworden sein. Sie liefert denjenigen das ideologische Rüstzeug, die die wieder sehr viel augenscheinlicher gewordenen ökonomischen Probleme zum Anlaß nehmen wollen, die in der Vergangenheit erreichten Verschiebungen im gesellschaftlichen Machtgefüge zugunsten der abhängig Beschäftigten zurückzudrehen. Die Zurückdrängung des Staates auf den verschiedenen Ebenen wird zwar mit der Ineffizienz staatlicher Maßnahmen, bzw. mit der höheren Effizienz der privaten Wirtschaft begründet. Aber natürlich wissen diejenigen, die den Ruf nach weniger Staat anstimmen, sehr wohl, daß es dabei primär um ein Verteilungsproblem geht, nicht zuletzt um die Frage der Machtverteilung. Die Neokonservativen lassen keinen Zweifel daran, zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten sie die Revision der Machtverteilung durchgesetzt haben möchten. Die Realisierung ihrer Vorstellungen träfe vor allem die abhängig Beschäftigten und die Bezieher staatlicher Transferzahlungen.

¹² M. Kalecki, Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: Werkauswahl, Neuwied 1976, S. 185

¹³ a.a.O., S. 185